

BERND MARTIN

Verhandlungen über separate Friedensschlüsse
1942 - 1945

Ein Beitrag zur Entstehung des Kalten Krieges

Verhandlungen über separate Friedensschlüsse 1942–1945*

Ein Beitrag zur Entstehung des Kalten Krieges

Wenn der Begriff des »cold war«, der 1947 von dem inoffiziellen amerikanischen Kriegswirtschaftsminister Bernard Baruch¹ geprägt wurde und seitdem in die Tagespolitik wie in die Publizistik und wissenschaftliche Forschung Eingang gefunden hat², sich auch auf die besondere Situation der unmittelbaren Nachkriegszeit bezog, als sich die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten über die gemeinsam besiegten Gegner hinweg direkt miteinander konfrontiert sahen, so lassen sich die Wurzeln dieser Auseinandersetzung sowie das Objekt der Konfrontation, die politische und gesellschaftliche Gestaltung Mitteleuropas, bis in das Jahr 1917 zurückverfolgen. Das marxistisch-leninistische auf weltweite Revolution abzielende Programm, bei dessen Verwirklichung einem revolutionären Umsturz in Deutschland eine zentrale Funktion zukam, stand den liberaldemokratischen, auf freien Handel bedachten Prinzipien des amerikanischen Präsidenten Wilson entgegen³. Deutschland lag seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in die Weltpolitik und seit der bolschewistischen Revolution in Rußland im Schnittpunkt der von beiden Seiten ausgehenden machtpolitischen wie ideologischen Bestrebungen, die Mitte Europas der eigenen Sphäre zu sichern. Schon damals kollidierte im alliierten Lager im Hinblick auf den Bolschewismus die weitgehend von den angelsächsischen Staatsmännern vertretene Liberalisierungstheorie mit den Interventionsplänen der Militärs und Kreisen der Wirtschaft⁴. In Rußland hingegen stritten im Zusammenhang mit dem Brester Frieden drei Richtungen innerhalb der kommunistischen Führungsspitze um den Kurs der Außenpolitik: die Konzeption der von Trockij vertretenen permanenten Revolution, Lenins pragmatischer Revolutionismus und Karl Radeks stärker machtpolitisch akzentuierter nationaler Bolschewismus⁵. Sobald eine bestimmte Richtung in den USA oder der UdSSR die Oberhand gewann, implizierte das primär eine Reorientierung des außenpolitischen Verhältnisses zu Deutschland, das entweder zum eigenen Verbündeten werden mußte oder in das gegnerische Lager gedrängt wurde, sich indes nicht auf eine neutrale Position zurückziehen konnte. Diese Rolle, unter machtpolitisch-ideologischem Druck der beiden Weltmächte als reines Objekt zu fungieren, fiel dem geschlagenen und besetzten Deutschland erst nach 1945 zu; in der Zwischenkriegszeit vermochte die deutsche Außenpolitik sogar einer Option hinsichtlich einer West- oder Ostorientierung auszuweichen⁶, da sich die amerikanische Politik offiziell aus Europa zurückgezogen hatte und die international geächtete und im Inneren durch überstürzte Sozialisierungsdekrete geschwächte Sowjetunion als potentieller Machtfaktor weitgehend ausfiel⁷.

In der Situation einer akuten Kriegsgefahr in Mitteleuropa, etwa im Herbst 1938 bzw. im Sommer 1939, waren indes sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion auf den Plan gerufen. Eine völlige Umgestaltung der europäischen Machtverhältnisse konnte selbst ein isolationistisches Amerika nicht hinnehmen, genausowenig vertrug sich Stalins »Sozialismus in einem Lande« mit einem deutsch beherrschten Mitteleuropa im Bündnis mit den Westmächten. Diesen weitreichenden Implikationen seiner auf Krieg abzielenden Strategie hat Hitler mit seinem Konzept eines Weltblitzkrieges⁸ auszuweichen versucht. Doch schon mit dem 1. September 1939, dem deutschen Angriff auf Polen, wurde die Frage nach der zukünftigen Herrschaft über Deutschland und Europa in den Hauptstädten der Großmächte akut und schlug sich in politisch-strategischen Planungen nieder. Setzte die britische Regierung Chamberlain anfangs

auf einen Machtwechsel in Deutschland⁹ und schloß selbst ab Mai 1940 unter Churchill eine erneute Übereinkunft mit Deutschland als ultima ratio nicht aus¹⁰, so verharren die USA in unversöhnlicher Ablehnung gegenüber den faschistisch-autoritären Staaten und ihren wirtschaftlichen Autarkieplanungen¹¹. Hingegen wußte die Sowjetunion im gut nachbarschaftlichen Verhältnis zu Deutschland, gewissermaßen in der Hinterhand, das Kriegsgeschehen zu ihrem Vorteil zu nutzen¹².

Je länger sich indes der Krieg hinzog und je stärker er weltweite Dimensionen anzunehmen drohte, desto größer wurde im Falle eines Friedensschlusses für die USA und die Sowjetunion die Gefahr, bei der Festsetzung neuer großräumiger politisch-wirtschaftlicher Interessensphären übergangen zu werden. Bevor die Sowjetunion durch den deutschen Überfall zum Kriegsschauplatz wurde und bevor die Japaner endlich den von der Washingtoner Regierung provozierten ersten Schuß abgefeuert hatten¹³, wurde in beiden Regierungsspitzen die Bedrohung durch einen separaten Friedensschluß zu einer Schimäre und begründete ein gegenseitiges generelles Mißtrauen, vor dem späteren Streitfällen in der ungleichen Koalition wie über die Zweite Front oder die Zusammensetzung der polnischen Regierung als Folgeerscheinungen sekundäre Bedeutung beizumessen ist. Wohl aufgrund der überaus schwierigen Quellenlage hat die gesamte Forschung über die Ursprünge des Kalten Krieges sich primär auf die äußeren Erscheinungsformen des Konfliktes konzentriert¹⁴, aber von der amerikanischen revisionistischen Historiographie¹⁵ bis zu dem neuesten Werk von Ernst Nolte¹⁶ die Verhandlungen über separate Friedensschlüsse als zentrales Problem überhaupt nicht behandelt¹⁷.

1. Die Friedensfrage 1941/42

Als Vorbote des Weltkrieges war Rudolf Heß, der Stellvertreter des deutschen Führers, am 11. Mai 1941 mit dem Fallschirm über Schottland abgesprungen¹⁸. Daß er im direkten Auftrage Hitlers handelte, ist weitgehend auszuschließen. Jedoch entsprachen die Motive seiner selbstgewählten Mission den politischen Axiomen Hitlers: Das nordisch-arische Großbritannien aus dem falschen Lager zu ziehen oder zumindest zu neutralisieren, um, der westlichen Flankenbedrohung enthoben, den russischen Vernichtungskrieg im Osten ungestört durchführen zu können.

Die Regierung Churchill wahrte strengstes Stillschweigen über den Inhalt der Gespräche mit Heß, um keine Friedensdebatte in der Öffentlichkeit aufkommen zu lassen. Die deutsche Erklärung, Heß habe den Flug in geistiger Umnachtung durchgeführt, kam der britischen Absicht entgegen, den prominenten Staatsgefangenen der öffentlichen Diskussion zu entziehen und für spätere politische Einsätze in der Hinterhand zu behalten. Denn die britische Diplomatie hatte sofort die Chancen erkannt, die sowjetische Seite mit ihrem Gefangenen zu schrecken und zu besserer Kooperation entsprechend den eigenen Vorstellungen zu zwingen. Nach dem deutschen Überfall mußte daher die Regierung in Moskau eine geheime deutsch-englische, von Heß ausgehandelte Übereinkunft. Stalin schlug den Engländern sogleich ein Abkommen vor, keinen separaten Frieden zu schließen. Es wurde am 12. Juli 1941 in Moskau unterzeichnet¹⁹. Doch das sowjetische Insistieren auf militärischen Einsatz und überhöhte Forderungen nach Kriegsmaterial²⁰ wurden von der britischen Regierung als Zeichen sowjetischer Schwäche und als möglicher Vorwand für separate Verhandlungen mit den Deutschen gedeutet²¹. Um die Sowjetunion im Krieg zu halten, spielte die Regierung Churchill die Trumpfkarte, die sie mit dem Stellvertreter des Führers in der Hand hatte, voll aus. Bei einer erregten Unterredung mit dem damaligen Versorgungsminister und Mitglied des Kriegskabinetts Lord Beaverbrook, der für seine kompromißge-

neigte Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland bekannt war²², gestand Heß nun unumwunden ein, nach England allein deswegen gekommen zu sein, um auf der Basis eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Sowjetunion Frieden zu schließen. Diese Äußerungen übermittelte Beaverbrook bei der ersten britisch-sowjetischen Kriegskonferenz (28. Sept.–4. Okt. 1941) Stalin, als sich dieser nach den britischen Friedenszielen erkundigte. Das von der revisionistischen Geschichtsschreibung gern als Beweis sowjetischer Aufrichtigkeit zitierte²³ Anerbieten Stalins, 25 bis 30 britische Divisionen an der russischen Front einzusetzen²⁴, entsprang daher nicht allein einer militärischen Ausweglosigkeit, sondern auch der Furcht vor einem britisch-deutschen Übereinkommen, wie später die überhöhten Wünsche nach Lieferungen im Rahmen des Leih- und Pachtprogramms auch angelsächsisches Kriegspotential gewissermaßen als »Rückversicherung« binden sollten²⁵.

Das Verhältnis der Westmächte zur Sowjetunion war von Beginn ihrer Koalition an durch den deutschen »Friedensparlamentär« in britischer Ehrenhaft gefährdet, da er aus sowjetischer Sicht jederzeit als Kern einer deutschen nach Westen orientierten Nachfolgeregierung Hitlers eingesetzt werden konnte. Die Vehemenz, mit welcher der sowjetische Chefankläger in Nürnberg die Todesstrafe für Heß verlangte²⁶, und später die beharrliche Weigerung der Sowjetunion, den einzigen Insassen des Spandauer Kriegsverbrechergefängnisses zu amnestieren, sind von der Tatsache abzuleiten, daß Heß während der Jahre 1941 bis 1945 in sowjetischen Augen als Symbol für die kapitalistische Einkreisung stand²⁷.

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion und der japanische Angriff auf Pearl Harbor weiteten den Krieg ins Globale aus. Die bilaterale britisch-sowjetische Notgemeinschaft wurde um einen dritten Partner erweitert, der durch sein wirtschaftliches Übergewicht in dieser brüchigen Zufallsallianz dem Westen zum Vorrang verhalf und die militärisch schwer bedrängte Sowjetunion in völlige Abhängigkeit von den Demokratien mit ihrer liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu drücken drohte.

Die Herausbildung und Festigung der weltumspannenden Kriegscoalitionen erschwerte indes Friedensgespräche über die Fronten hinweg. Lediglich die Tatsache, daß die Sowjetunion nur mit zwei der Dreierpaktstaaten – Deutschland und Italien – im Krieg stand, zu Japan hingegen wohlwollende Neutralität wahrte, bot Ansatzpunkte für separate Friedenskontakte. Doch Versuche des gegenseitigen Aufbrechens der Koalitionen waren stets in erster Linie ein taktisches Mittel der militärischen Strategie, nämlich den Krieg an einer Front zu beenden, um ihn an der anderen mit besseren Aussichten weiterführen zu können. Nie galten diese Verhandlungen dem politischen Ziel, die Kampfhandlungen allgemein zu beenden. Dem Kalkül eines separaten Friedens lag indes auf westlicher wie auf sowjetischer Seite eine Fehleinschätzung des Hitlerschen Programms zugrunde, das jedweden auch nur vorübergehenden Kompromiß ablehnte und bis zum Mai 1945 unter der altpreußischen Devise des »Alles oder Nichts« die deutsche Kriegspolitik bestimmte²⁸.

Für die Zeit des Blitzkrieges gegen die Sowjetunion hatte Hitler alle Friedenssondierungen untersagt. Das Kriegsziel gegen die Sowjetunion lautete auch nicht, wie im Westen, Kapitulation des Gegners, sondern rassistische Vernichtung der »slawischen Untermenschen«²⁹. Daß hingegen auch für diese Kriegsphase Gespräche mit den Engländern, ja überhaupt jegliche Planungen für eine europäische Neuordnung verboten waren³⁰, kann als weiterer Beleg gewertet werden, daß Hitler mit dem Sieg im Osten den Durchbruch zur Weltvorherrschaft erreichen wollte. Eine Rücksichtnahme auf die Engländer oder etwa die wenigen Neutralen erschien daher überflüssig. Welches politische Potential Hitler und die ihm hörige deutsche Führung mit diesem sozialdarwinistisch geprägten Denken des militärischen Totalsieges ungenutzt ließ, verdeutlichen die Ergebenheitsklärungen der wenigen Neutralen, die wie sogar der Vatikan

sich freiwillig dem deutschen Führungsanspruch unterzuordnen gedachten³¹. Gerüchte über latente Friedensströmungen in der britischen Oberschicht, der exportorientierten Industrie und im Regierungslager gelangten erneut in deutsche Hände³². Der Faktor Amerika, auf den Churchill gesetzt hatte, vermochte sich während der deutschen Siege im Osten kaum auszuwirken. Vielmehr stieß Roosevelt mit seiner vorerst rein deklamatorischen Bereitschaft, der Sowjetunion durch materielle Lieferungen beizustehen, auf verschärften Widerstand der Isolationisten. Das »freie« Amerika an der Seite des »gottlosen Bolschewismus« zu sehen, war für die meisten Amerikaner eine unerträgliche Vorstellung³³. Wie in London, so zweifelte man auch in Washington im Sommer und Spätherbst 1941 nicht daran, daß die Herrschaft Stalins zerbrechen und das ganze kommunistische System zerfallen werde³⁴. Überlegungen für diesen Fall liefen darauf hinaus, eine demokratische Exilregierung, eventuell unter dem letzten Ministerpräsidenten der provisorischen russischen Regierung, Kerenskij, aufzustellen³⁵ und somit politische Ansprüche gegenüber dem seit dem 12. Juli 1941 durch einen Vertrag mit England³⁶ gebundenen russischen Partner geltend zu machen. Da diese Pläne über zwei Jahre lang offen in der englischsprachigen Presse³⁷ diskutiert wurden, in diplomatischen Kreisen als ernsthafte Alternativen³⁸ erwogen und selbst in Berlin³⁹ beachtet wurden, sah die sowjetische Führung in diesen »Machenschaften« eine »konterrevolutionäre Verschwörung«, der mangels militärischer Stärke allein politisch zu begegnen war, während die deutsche Seite ausschließlich auf den militärischen raschen Sieg in Rußland setzte.

Die politische Isolierung der geschlagen gewählten Sowjetunion wurde der Welt von den Angelsachsen demonstriert, als keine sowjetischen Unterhändler zur Vorbereitung eines Gegenprogrammes, mit dem die befürchtete nationalsozialistische Einigung Europas durchkreuzt werden sollte, herangezogen wurden. Die zwischen England und den USA ausgehandelte Atlantik-Charta (14. August 1941) sollte als westliche Freiheitsdeklaration, hinter der sich wirtschaftliche Vorstellungen Amerikas ebenso verbargen wie die einer politischen Organisation der Welt nach demokratisch-kapitalistischen Prinzipien, der von Deutschland erwarteten Friedensoffensive zuvorkommen⁴⁰, fand jedoch wenig Resonanz bei den europäischen neutralen und besetzten Staaten. Diese standen nach wie vor viel zu sehr im Banne des deutschen Ostkrieges und intensivierten ihre devoten, an die deutsche Führung gerichteten Adressen, als daß sie rhetorischen Freiheitsbeteuerungen verfielen. Hitlers öffentlich geäußerte Behauptung (3. Oktober 1941), die Sowjetunion sei nunmehr geschlagen⁴¹, löste dann auch in England eine panische Reaktion aus. Die Presse spekulierte über die zukünftige Stellung der Insel neben einem deutsch geeinten Kontinent, die latente Kritik an Churchill griff auch auf Labour-Kreise über⁴². Außerdem irritierten die wiederholt in London vorgebrachten Vermittlungsangebote der Neutralen⁴³ die Regierung. Um einer konzentrierten, womöglich mit der deutschen Seite abgesprochenen Friedensdemonstration der Neutralen zuvorzukommen, dementierte Churchill in einer nur zu diesem Zweck anberaumten Rede alle Friedensmöglichkeiten⁴⁴, sekundiert von Roosevelts heftigen Attacken gegen die Isolationisten⁴⁵ und vom »Foreign Office« mit einer Kampagne, in der Berlin als »der große Sklavenmarkt der Welt« hingestellt wurde⁴⁶. Diese Furcht der Angelsachsen vor einer politischen Einigung Europas unter dem Hakenkreuz wurde in Berlin genausowenig verstanden, wie Pläne einer europäischen Neuordnung, die z. B. Albrecht Haushofer im November 1941 unterbreitete⁴⁷, unbeachtet blieben.

Der Ausbruch des Krieges im Pazifik und der ungeahnte schnelle Vormarsch der Japaner verlagerten den Schwerpunkt der Auseinandersetzung noch stärker, als es die Kämpfe in Rußland taten, von Westeuropa nach Osten. Aus englischer weltweiter Sicht waren neben dem Verlust der kontinentalen Machtstellung nun auch die imperialen Positionen in Asien und im Nahen Osten gefährdet. Vor diesem Hintergrund einer für England bedrohlicheren Entwicklung, als sie mit dem Fall Frankreichs verbunden war, sind die Fühler zu werten, die von untergeordneten britischen Politikern, vermutlich jedoch mit Wissen oder sogar im Auftrag der sich um Lord Beaverbrook formierenden Opposition, zu den Deutschen in Portugal und der Schweiz ausgestreckt wurden⁴⁸. Doch der deutsche Außenminister verbot ein weiteres Eingehen auf die von dem englischen Konsul in Zürich, Cable, über den schweizerischen Rüstungsindustriellen Bührlé zur deutschen Gesandtschaft geknüpften Kontakte⁴⁹. Anglophobe Beschränktheit und die starre Fixierung auf die Front im Osten ließen Ribbentrop kompromißloser handeln als Hitler, der den Verbindungsstrang zu den Engländern zu Informationszwecken halten wollte⁵⁰. Das am 1. Juli 1942 mit überwältigender Mehrheit im britischen Unterhaus zurückgewiesene Mißtrauensvotum⁵¹ bestärkte die Regierung Churchill in ihrer Ablehnung jeder Verhandlung mit dem Gegner und bedeutete das Ende der innerbritischen Appeasement-Opposition. Deutsch-englische Sondierungen, die über Tastversuche untergeordneter Geheimdienststellen hinausgingen, sind auch für die letzten Kriegsjahre nicht mehr belegt. Damit verlor ein möglicher Separatfrieden für die britische Regierung auch jede taktische Bedeutung. Vielmehr sollten fortan die Engländer als die schwächsten innerhalb der Anti-Hitlerkoalition auf einem gemeinsamen Vorgehen gegenüber deutschen Friedensofferten bestehen und alle Nachrichten über deutsche und neutrale Fühler als Beweis der eigenen Aufrichtigkeit ihren beiden übermächtigen Verbündeten übermitteln⁵².

Deutsche Kontakte zu den Westmächten wurden fortan von einer durch die militärischen Rückschläge erneut geweckten deutschen Opposition von Militärs, Abwehrleuten und einzelnen Diplomaten sowie Kreisen der SS getragen und zielten daher auf Absprachen mit den USA als der Führungsmacht des westlichen Lagers und als dem einzigen potentiellen Widersacher eines sowjetischen Vordringens nach Mitteleuropa. Die von Roosevelt im Einvernehmen mit Churchill, aber ohne jede Konsultation Stalins auf der Konferenz von Casablanca (24. Januar 1943) als Kriegsziel verkündete Formel von der »bedingungslosen Kapitulation«⁵³ verhärtete die Fronten der offiziellen Politik vollends. Diese Forderung gab indes den oppositionellen Kreisen in Italien, Deutschland und später auch in Japan Argumente zum Handeln, wengleich ihre Aktionen dann letzten Endes an der vorwiegend amerikanischen Weigerung, die Formel im Falle eines Machtwechsels zumindest bedingt zu revidieren, scheitern sollten. Bereits im Februar 1943 sondierte der Chef der deutschen Abwehr, Canaris, in der Türkei bei einem Vertrauten Roosevelts, dem ehemaligen Gesandten und Sonderbotschafter, George H. Earle, Fragen einer Modifizierung der Formel im Zusammenhang mit einem möglichen deutschen Arrangement mit den Westmächten⁵⁴. Obgleich Franz von Papen, deutscher Botschafter in der Türkei, in einer öffentlichen Rede (21. März 1943) vor der sowjetischen Expansion warnte, betont Amerikas politische Leistungen für Europa hervorhob und sich indirekt zu den Prinzipien der Atlantik-Charta bekannte⁵⁵, wurde dieses Signal zwar von ausländischen Zeitungen erkannt, von offizieller Regierungsseite jedoch ignoriert. Vergeblich verhandelte Baron von Lersner im Auftrag Papens mit Earle⁵⁶.

Ohne Resonanz blieb auch ein Fühler zu den Engländern. Über türkische Mittelsmänner hatte Papen die Möglichkeit eines Machtwechsels in Deutschland, die Über-

nahme des Außenministerpostens durch ihn, Papen, selbst und den Rücktritt Hitlers, angedeutet, als alliierte Gegenleistung indes eine Modifizierung der Casablanca-Formel verlangt⁵⁷.

Immerhin waren Churchill daraufhin erste Zweifel an einer zu starren Auslegung der »unconditional surrender«-Erklärung gekommen. Inzwischen hatte sich auch der Auslandsnachrichtendienst der SS unter Schellenberg in Papens vergebliche Bemühungen eingeschaltet. Die öffentlichen und geheimen diplomatischen Aktivitäten Papens, dessen nach Westen orientierte Politik schon 1932 während seiner Kanzlerschaft die Moskauer Außenpolitik beunruhigt hatte⁵⁸, wurden von sowjetischer Seite als Bedrohung empfunden und dürften wie die Alternativplanungen der Angelsachsen für den Fall eines militärischen Zusammenbruchs in Rußland Stalin bewogen haben, Verhandlungen mit den Deutschen aufzunehmen bzw. zu intensivieren.

Vermutlich aus taktischen Überlegungen, nämlich die deutsch-sowjetischen Gespräche über einen Sonderfrieden zu kontern, gingen die Amerikaner auf der Ebene der Geheimdienste auf diese von der Opposition gegen Hitler getragenen Vorstellungen ein. Auch wird das Moment, Informationen über die innere Geschlossenheit des gegenständlichen Regimes zu erlangen, diesen Entschluß mitbestimmt haben. Ebenfalls darf als Motiv eine sich gerade im amerikanischen Geheimdienst, der mit der europäischen Situation bestens vertraut war, artikulierende Opposition gegen eine zu betont pro-sowjetische Politik der Regierung Roosevelt nicht übersehen werden. Einen Frieden mit dem nationalsozialistischen Deutschland hätten diese Kreise, die später in der Regierung Truman Einfluß gewannen, auch nicht geschlossen, wohl aber das machtpolitisch-militärische Potential Deutschlands im Hinblick auf eine wachsende Bedrohung durch die Sowjetunion erhalten und daher vermutlich Umstürzbewegungen, wie es die Engländer im Herbst 1939 versucht hatten⁵⁹, stärker gestützt.

So fanden im Frühjahr 1943 drei Unterredungen zwischen dem Leiter der europäischen Sektion des amerikanischen Geheimdienstes, Allen Dulles, und deutschen halboffiziellen Emissären in der Schweiz statt⁶⁰. Prinz Max von Hohenlohe, als von mehreren deutschen Stellen legitimierter, aber im wesentlichen unabhängig handelnder Unterhändler⁶¹, und im Auftrage Schellenbergs der SS-Führer Reinhard Spitzky⁶² unterhielten sich offen mit Dulles über die Unzulänglichkeiten von Hitlers persönlicher Herrschaft und die amerikanischen Kriegspläne. Die Hauptsorge der Amerikaner, das klang deutlich in den Gesprächen mit Dulles und dem bisweilen hinzugezogenen persönlichen Gesandten Roosevelts beim Vatikan, Taylor, an, war das Problem einer friedlichen Beendigung des Krieges im Osten⁶³. Eine erneute deutsch-sowjetische Übereinkunft hätte die Amerikaner mit einem vereinten eurasischen Kontinentalblock konfrontiert und einen militärischen Sieg auf lange Sicht hin ausgeschlossen. Gegenüber Papen bot ein amerikanischer Unterhändler Anfang Oktober 1943 sogar ein deutsches Protektorat über die Ukraine an⁶⁴, die in den deutsch-sowjetischen Gesprächen bis in das Jahr 1944 hinein einen vorrangigen Streitpunkt darstellte⁶⁵. Auch vor Abgesandten Himmlers, u. a. zu Schellenberg persönlich, hatten amerikanische Sendboten die deutschen Grenzen von 1914 für den Fall eines Friedensschlusses in Aussicht gestellt⁶⁶. Als deutsche Gegenleistung verlangten sie vordringlich die Beseitigung der Hitlerschen Diktatur und die Auslieferung seiner Person in alliierten Gewahrsam. Diese verbalen Zugeständnisse an die deutsche Seite waren eindeutig von der Befürchtung über eine erneute sowjetisch-deutsche Übereinkunft diktiert und sollten entsprechende sowjetische Angebote ausstechen.

Auf der Moskauer Außenministerkonferenz Ende Oktober 1943 ging dann auch der Vorschlag, sich über deutsche Friedensfühler sogleich gegenseitig zu informieren, bezeichnenderweise von Großbritannien aus⁶⁷. Die Karte eines über Heß abzuwickelnden Sonderfriedens war endgültig überreizt. Im Einklang mit den USA galt es viel-

mehr, die weit realistischere Möglichkeit einer wiederholten Übereinkunft der beiden Diktatoren zu vereiteln.

3. Deutsch-sowjetische Gespräche 1941–1944

Das Kapitel der deutsch-sowjetischen Kontakte nach dem 22. Juni 1941 gehört zu den spannendsten, in ihrer Bedeutung für den Kriegsverlauf und das Bündnis der Dreierpaktmächte bislang unterschätzten Ereignissen der politischen Geschichte des letzten Weltkrieges, läßt sich indes in allen Verästelungen an dieser Stelle nicht nachzeichnen⁶⁸. Das Spiel mit einem latenten Sonderfrieden wurde während des ganzen deutsch-russischen Krieges, indes vornehmlich von sowjetischer Seite aus, betrieben. Oftmals sind tagespolitisch-strategisch begründete Motive nicht von langfristigen zu unterscheiden, und nur manchmal ist der Grad der Ernsthaftigkeit zu bestimmten Perioden als gegeben anzusehen. Das durchgängige Hauptmotiv lag in der Furcht vor einer Einkreisung durch die kapitalistischen Staaten, das als Axiom die sowjetische Außenpolitik lange vor dem deutschen Überfall oder Heß-Flug geleitet hatte.

Bereits wenige Wochen nach dem deutschen Einfall versuchte – vermutlich in einer Art Kopie des Vorgehens von Heß – die sowjetische Gesandtin in Stockholm, Aleksandra Kollontai, sich den Deutschen auszuliefern. Die deutsche Abwehr, die ihre Rußlandspezialisten in der schwedischen Hauptstadt konzentriert hatte, legte diese Nachricht Hitler vor, der dem Wunsch der Kollontai stattgeben wollte⁶⁹. Doch angesichts des deutschen ungehemmten Vormarsches in Rußland und angesichts der mit einem solchen Übertritt möglicherweise verbundenen Gefahren der Täuschung verfolgte die Abwehr das Projekt nicht weiter⁷⁰.

Inzwischen war längst die internationale Presse voll von Gerüchten über einen bevorstehenden Friedensschluß. Die territorialen Forderungen Stalins im Dezember 1941 bei seinen Gesprächen mit Eden⁷¹ nach einer sowjetischen Grenze im Westen, die der deutsch-russischen Interessenabgrenzung von 1940/41 entsprach, und seine öffentlichen Unterscheidungen zwischen Hitler und den Deutschen⁷² gaben den Vermutungen einen realen Hintergrund: zeigten sich die Westmächte den sowjetischen territorialen Ansprüchen in Ostmitteleuropa unzugänglich, dann waren diese Grenzen leichter durch eine erneute Übereinkunft mit Hitler-Deutschland oder einer nationalsozialistischen Nachfolgeregierung zu erlangen. Im März 1942 wiederholte die sowjetische Seite daher ihr erstmals im September des Vorjahres überbrachtes Angebot eines sofortigen Waffenstillstandes gegenüber den deutschen Kontaktpersonen in Stockholm⁷³. Die deutsche Reaktion beschränkte sich den fragmentarischen Quellen zufolge auf ein Weiterführen der losen Verbindung; der erneute deutsche Vormarsch im Sommer 1942 schien Verhandlungen zu erübrigen. Erst mit den harten Kämpfen um Stalingrad gerieten die Gespräche in ein neues Stadium. Auf vorbereitende Sondierungen hin reiste Peter Kleist, der dem deutschen Außenministerium unterstellt war⁷⁴, nach Stockholm und erhielt dort am 11. Dezember 1942 das Angebot der Grenzen von 1939⁷⁵. Die sowjetische Seite trat während der Endkämpfe in Stalingrad auch direkt an die deutsche Gesandtschaft heran, doch ohne eine Reaktion aus Berlin zu erlangen⁷⁶. Inzwischen war der sowjetische Deutschlandexperte Vladimir Semjonov⁷⁷, der 1939 bis 1941 an der Berliner Botschaft tätig gewesen war, an die Stockholmer Gesandtschaft versetzt worden. Vermutlich auf höchste Order hin übernahm er in Stockholm das Ressort Verhandlungen mit den Deutschen.

Außer den Russen selbst drängten auch die beiden Verbündeten Deutschlands immer heftiger auf eine Beendigung des in ihren Augen sinnlosen, ideologisch verbrämten Verschleißkrieges im Osten. Die Japaner hatten bereits vor dem eigenen Kriegseintritt

ihr Mißfallen an dem russischen Kriegsschauplatz bekundet, der die vorwiegend wirtschaftliche Kommunikationslinie mit dem Deutschen Reich unterbunden hatte⁷⁸. Deutsche Rückschläge nutzte die japanische Führung in seltener Eintracht zwischen Heer, Marine und zivilen Regierungsinstanzen, um in Berlin und Moskau Gedanken eines Friedensschlusses vorzubringen⁷⁹. Doch die sowjetische Regierung zog direkte Verhandlungen mit den Deutschen vor und blieb den Führern Tokios gegenüber zurückhaltend, während sie in Berlin übersehen bzw. auf Anordnung Ribbentrops sogleich zurückgewiesen wurden.

Entscheidend sollte sich Hitlers Weigerung, über einen Friedensschluß im Osten auch nur zu debattieren, für den weiteren Kriegskurs des italienischen Bundesgenossen auswirken. Nach dem Aufreißen der von italienischen Truppen gehaltenen Frontabschnitte bei Stalingrad hatte Außenminister Ciano im Dezember sich bei Hitler mit seinen Vorstellungen von einem separaten Friedensschluß eine Abfuhr geholt⁸⁰. Mussolini wiederholte diesen Vorschlag Anfang April 1943, als sich mit der erfolgreichen nordafrikanischen Offensive der Angelsachsen eine Bedrohung Italiens abzuzeichnen begann⁸¹. Hitler jedoch bezeichnete den Krieg mit Rußland als sein Lebenswerk und lehnte Verhandlungen genauso ab wie die von Mussolini vorgeschlagene Europa-Charta⁸². Daraufhin wandte sich die Regierung des »Duce«, vermutlich sogar mit seinem Wissen, dem Gedanken eines Separatfriedens mit den Westmächten zu. Sie griff dabei auf englische und amerikanische Offerten zurück, zwischen Deutschen und Italienern bei einer Friedensregelung zu unterscheiden⁸³. Mussolinis Absetzung am 25. Juli 1943 diente nur der Beschleunigung dieses Prozesses, nachdem der »Duce« auf einem letzten Treffen mit Hitler eine Woche zuvor nicht einmal ein Wort für die Belange Italiens eingelegt hatte⁸⁴. Das schließlich von Marschall Badoglio am 3. September 1943 vollzogene Ausscheiden Italiens durch einen Sonderwaffenstillstand mit den Westalliierten war eine unumgängliche Folge der deutschen Fixierung und Konzentration aller Kräfte auf den Osten sowie der Hitlerschen Weigerung, die angebotene Chance eines Separatfriedens zu ergreifen und das japanisch-deutsch-italienische Potential verciint den Westmächten entgegenzusetzen. Die sowjetische Führung, die von den Kapitulationsverhandlungen nicht informiert und an der politischen Umgestaltung Süd-Italiens durch die westalliierten Besatzungstruppen nicht beteiligt wurde⁸⁵, sah in den Vorgängen um Italien einen möglichen Präzedenzfall für Deutschland, dessen Wiederholung es mit allen Mitteln zu verhindern galt.

Auch im Verhältnis Deutschlands zu Japan war seit dem Herbst 1943 eine spürbare Entfremdung zu verzeichnen. Wohl unternahm die Tokioter Regierung noch bis zum September 1944⁸⁶ mehrere Anläufe, einen Friedensschluß zwischen Berlin und Moskau zu vermitteln, suchte jedoch demonstrativ bessere Beziehungen zu dem westlichen Nachbarn im Rahmen einer asiatischen Blockpolitik⁸⁷. Doch die Sowjetunion ließ sich auch nicht durch großzügige japanische Konzessionen⁸⁸ dazu bewegen, aus der Koalition mit den Angelsachsen auszuschneiden, sondern hatte längst auf amerikanisches Drängen hin eine Beteiligung an den westlichen Kriegsanstrengungen gegen Japan zugesagt⁸⁹.

Unterdessen hatten die direkten deutsch-sowjetischen Gespräche in Stockholm ihren Höhepunkt erreicht. Im Juni 1943 wartete ein hoher Beamter des sowjetischen Außenministeriums vergeblich auf einen deutschen Unterhändler, obwohl er über die Kontaktkanäle erneut die Grenzen von 1939 angeboten hatte⁹⁰. In Erwartung eines erfolgreichen Ausgangs der für Juli geplanten erneuten deutschen Sommeroffensive im Osten erfolgte wiederum keine deutsche Reaktion. Das Mißlingen des Unternehmens »Zitadelle« verstand jetzt auch die vorsichtig urteilende sowjetische Führung als Übergang der Initiative auf ihre Seite. Die Ausgangssituation für Kontakte mit den Deutschen hatte sich damit entscheidend geändert. Die Gründung des »Nationalko-

mites Freies Deutschland«⁹¹ am 12. Juli 1943 konnte als Anfang einer deutschen Gegenregierung nationalistischer Kräfte verstanden werden und erlaubte der sowjetischen Seite, fortan in ihren Deutschlandkontakten doppelgleisig vorzugehen: über das aus Kriegsgefangenen und Emigranten zusammengesetzte Komitee und über Stockholm zur nationalsozialistischen Führung in Berlin. Gegenüber den westlichen Verbündeten konnte Stalin nunmehr beide Verbindungslinien ausspielen⁹², um die Grenzen der Sowjetunion von 1941 bestätigt zu bekommen und eine schnelle Entscheidung über eine die sowjetische Kriegführung entlastende Zweite Front zu erzwingen.

Wie vor den Verbündeten, so lehnte es Hitler auch vor seinem Außenminister ab, auf die Sondierungen der Russen einzugehen⁹³. Ein selbständiges Vorgehen war außerhalb der Vorstellungswelt Ribbentrops, wiewohl Himmler seit dem Frühsommer 1943 eigenständige Kontakte zu beiden gegnerischen Lagern unterhielt und sich dabei sogar der Verbindungen deutscher Widerstandskreise bediente⁹⁴. Im September 1943 bot die Sowjetunion erneut Verhandlungen mit dem ehemaligen Berliner Botschafter Dekanosov, nunmehr jedoch auf der Grundlage der Grenzen von 1914, an⁹⁵. Doch der deutsche Unterhändler Klaus wurde wiederum von Berlin nicht ermächtigt, das Angebot wenigstens zu prüfen.

Die strikte Weigerung Hitlers, sich mit den Russen überhaupt in Gespräche einzulassen, erschwerte die Wertung, wieweit diese sowjetischen Fühler ernst gemeint waren, oder wieweit dieses aus heutiger Sicht unverständlich großzügige Entgegenkommen nur dazu dienen sollte, die Deutschen an den Verhandlungstisch zu bringen. Kaum ein Zweifel kann indes daran bestehen, daß die sowjetischen Angebote 1943 auf eine echte Bereitschaft zurückgeführt werden können, sich mit den Deutschen unter Bedingungen, die ihnen die Westmächte zu dieser Zeit noch vorenthielten, zu einigen. Nach der Moskauer Konferenz und dem anschließenden Treffen der »Großen Drei« in Teheran bildeten die weiterhin über dieselben Stockholmer Verbindungsmänner mit den Deutschen aufrechterhaltenen Kontakte⁹⁶ nur ein latentes Pressionsmittel gegenüber den Westmächten. Deren Zusage einer Landung in der Normandie sowie der aus sowjetischer Sicht nicht erwartete schnelle deutsche Rückzug vor der angreifenden Roten Armee ließen im Jahre 1944 die Chancen einer politischen Übereinkunft zwischen dem Nationalsozialismus und Kommunismus vollends schwinden. Solange Hitler die deutsche Kriegspolitik bestimmte, war mit einer dramatischen Wende im Ostkrieg nicht mehr zu rechnen. Sein axiomatischer Glaube an die Mission der germanisch-nordischen Rasse gegenüber den »slawischen Horden«, die uneingeschränkte Anerkennung des Faustrechtes der Stärkeren, erlaubte ihm nicht, politische Alternativen zu suchen, schon gar nicht nach Osten.

4. Teilkapitulationen als Fortsetzung der Strategie separater Übereinkommen

Auch gegenüber Anregungen seiner Mitarbeiter, durch eine flexiblere Besatzungspolitik auf dem Balkan das Anwachsen der Partisanenbewegungen einzudämmen, blieb Hitler taub⁹⁷. Die sich mit dem deutschen Rückzug aus Griechenland ergebende Möglichkeit, auf einer gemeinsamen antibolschewistischen Grundkonzeption mit den Engländern zusammenzuarbeiten und damit auf die Deutschlandpolitik der Westmächte Einfluß zu nehmen, wurden auf ausdrückliches Geheiß Hitlers nicht genutzt. Lokale Absprachen zwischen Truppenoffizieren⁹⁸ und das wachsende Mißtrauen Churchills gegenüber den sowjetischen Expansionsbestrebungen⁹⁹ belegen nur zu deutlich, daß sich auch noch 1944 eine gemeinsame Linie zwischen Deutschen und Angelsachsen hätte finden lassen, wenn nicht die Person Hitlers einem solchen, womöglich nur lokal begrenzten, Arrangieren im Wege gestanden hätte.

Auch amerikanische Journalisten und Angehörige des Geheimdienstes versuchten, entgegen der offiziellen Politik Präsident Roosevelts, Deutschland als geeinten anti-kommunistischen Machtfaktor zu erhalten¹⁰⁰. Diese Überlegungen deckten sich mit den Planungen einer deutschen oppositionellen Gruppe, in Deutschland nach italienischem Vorbild einen Machtwechsel herbeizuführen¹⁰¹. Dieses Vorhaben wurde von der Regierung Franco unterstützt, die bei den im Madrider Milieu entstandenen Plänen einer Entführung Hitlers bzw. eines separaten Friedens eines süddeutsch-katholischen Blockes hilfreich sekundierte¹⁰². Da mittlerweile die Rote Armee im Osten und die Angelsachsen im Westen die alten Reichsgrenzen überschritten hatten, rückten Überlegungen zu einer Kapitulation stärker in den Vordergrund als die eines Separatfriedens.

In dieser politisch wie militärisch aussichtslosen Situation für das Reich unternahm das deutsche Auswärtige Amt mit halbherziger Billigung Hitlers den einzigen offiziellen Friedensschritt während des ganzen Krieges, der, um im gegnerischen Lager wenigstens als diskutabel aufgenommen zu werden, mindestens zwei Jahre früher hätte erfolgen müssen. In einer Sprachregelung¹⁰³ wies Minister Ribbentrop im Februar 1945 die wenigen deutschen Auslandsmissionen in neutralen Ländern an, mit den Westmächten unter der Bedingung, daß Deutschland als Staat unter nationalsozialistischer Herrschaft erhalten bleibe, eine Basis für einen gemeinsam gegen den vorrückenden Kommunismus zu führenden Abwehrkampf zu finden. Sollten diese Kontakte zu den westlichen Kriegsgegnern fruchtlos bleiben, war vorgesehen, ein ähnliches Angebot der sowjetischen Seite zu unterbreiten¹⁰⁴. Obwohl Sondergesandte diese Sprachregelung nach Schweden, in die Schweiz und nach Spanien brachten¹⁰⁵ und somit die Ernsthaftigkeit einer von höchster deutscher Stelle ausgegangenen Verhandlungsbereitschaft dokumentierten, scheiterten die Verhandlungen schon an den durch die Kriegereignisse unterbundenen Kommunikationswegen und dem völligen Desinteresse der sich ihres endgültigen militärischen Sieges sicheren Gegner.

Die eigenmächtigen Friedensfühler Himmlers¹⁰⁶, Görings¹⁰⁷ und Goebbels, der als designierter Reichskanzler am 1. Mai mit den Russen einen separaten Waffenstillstand unterzeichnen wollte¹⁰⁸, in den letzten Tagen des Dritten Reiches verfolgten eher den Zweck, die eigene Person unbeschadet der drohenden Kapitulation vor der erwarteten Verfolgung zu bewahren. Als auch die Nachfolgeregierung Dönitz ihr Konzept von Teilkapitulationen¹⁰⁹ analog zu dem Vorhaben separater Friedensschlüsse nicht verwirklichen konnte, kapitulierte die deutsche Wehrmacht am 7. Mai 1945 bedingungslos im alliierten Hauptquartier in Reims und wiederholte diesen Akt zwei Tage später im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst. Die zweifach, im Westen und im Osten, vollzogene deutsche Kapitulation führte der Welt den sowjetischen-angelsächsischen Antagonismus vor Augen, der sich nicht einmal in der Stunde des gemeinsamen Sieges überbrücken ließ.

Das sofortige Auseinanderfallen der Anti-Hitler-Koalition wurde im Sommer 1945 weniger durch gegenseitige Rücksichtnahme bei der Besatzungspolitik in Deutschland, sondern viel stärker durch den Umstand verhindert, daß Japan, der ehemalige Verbündete des Deutschen Reiches, weiterhin mit einem Übermaß an verbittertem Heroismus aushielt. Japanische Friedensfühler, die erst nach Übernahme der Regierung im April 1945 durch Admiral Suzuki behutsam angelaufen waren¹¹⁰, zielten im Sommer 1945 auch auf eine bedingte Teilkapitulation ab¹¹¹. Vornehmlich war die japanische Führung durch das Einschalten der Sowjetunion als Vermittler¹¹² darauf bedacht, einen seit langem befürchteten sowjetischen Angriff zu vereiteln.

Doch die Mehrgleisigkeit der japanischen Politik war für eine verzögerte Kontaktaufnahme mit den Westmächten verantwortlich und sollte diese in dem Glauben bestärken, die japanische Regierung müsse durch weitere Demonstrationen der Stärke, u. a.

den seit langem geplanten Abwurf von Atombomben, zur Vernunft gebracht werden. Allerdings zeigten die Amerikaner auch keine übermäßige Eile, auf die Sondierungen der japanischen Marine und die davon unabhängig vorgebrachten des Heeres in der Schweiz und in Schweden einzugehen¹¹³. Die USA wollten wie die Sowjetunion erst das Ergebnis der Potsdamer Konferenz abwarten, bevor sie die japanische Bereitschaft zur Kapitulation ernsthaft prüften bzw. bevor diese von russischer Seite den Amerikanern übermittelt wurde. Denn letztlich ignorierten beide Seiten das japanische Kapitulationsbegehren um ihrer machtpolitischen Zielsetzungen, des noch einmal gemeinsam möglichen Kriegsgewinns willen. Nach dem Abwurf der beiden Atombomben, der schon wegen des noch in Potsdam von amerikanischer Seite gewünschten sowjetischen Kriegseintritts nicht als atomare, antikommunistische Abschreckungsstrategie gesehen werden darf¹¹⁴, und dem Einfall der Roten Armee in das von den Japanern besetzte Mandschukuo¹¹⁵ ebnete der japanische Kaiser durch persönliches Eingreifen den Weg zu dem am 15. August 1945 unterzeichneten Waffenstillstand, dem am 2. September 1945 die förmliche Kapitulation folgte¹¹⁶.

Nicht allein in Europa, sondern auch im Fernen Osten standen sich fortan die beiden Sieger, das angelsächsische Lager und die Sowjetunion, gegenüber. Der totale Zusammenbruch Deutschlands und die Folgen der japanischen bedingungslosen Kapitulation im Fernen Osten verstärkten die Schwierigkeiten der Sieger zu einer Aporie des Mißtrauens. Der Kalte Krieg – als die Fortsetzung der Kriegskoalition mit anderen Mitteln – war daher keine durch die Nachkriegspolitik der einen oder der anderen Seite hervorgerufene Entwicklung, sondern eskalierte sich zwangsläufig ab 1941 in der den drei Großmächten durch das Vorgehen Hitlers aufgebürdeten Zufallsallianz.

Anmerkungen

* Die folgenden Ausführungen basieren auf meiner Studie »Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939–1942. Düsseldorf 2 1976«, und versuchen – gewissermaßen als Extrakt des geplanten zweiten Bandes – das Problem einer vorzeitigen bzw. teilweisen Beendigung der weltweiten Auseinandersetzung in den letzten Kriegsjahren zu erfassen. Eine bislang in der politischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges nicht gewählte Fragestellung bedingte eine neue, unkonventionelle Interpretation bisweilen zu stark militärstrategisch gedeuteter Ereignisse. Sollte die Argumentation an einigen Punkten nicht genügend fundiert erscheinen, so ist dies vornehmlich auf die umfangmäßige Begrenzung eines Aufsatzes zurückzuführen, die es nicht erlaubte, das gesamte erarbeitete Material auszubreiten.

¹ Bernard Baruch (1870–1965) gebrauchte den Begriff bei einem akademischen Festvortrag im Juni 1947 im »Industrial College of the Armed Forces, Washington«. Der Begriff war älter, doch Baruchs Bemerkung »Russia is waging a cold war against us« machte aus ihm ein politisches Schlagwort. (Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd. III. Freiburg 1969. S. 466). Zu Baruchs politischer Rolle unmittelbar nach Kriegsende (Baruch-Plan) siehe Lloyd C. Gardner: Architects of Illusion. Men and Ideas in American Foreign Policy 1941–1949. Chicago 1970. S. 171–201. Baruch selbst behauptet in seinen Memoiren (Bernard M. Baruch: Baruch, The Public Years. New York 1960) den Begriff im April 1947 anlässlich einer Rede in Süd-Karolina eingeführt zu haben (S. 388).

² Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, S. 502 f. Eine Spezialbibliographie neueren Datums konnte nicht ermittelt werden.

³ Als Standardwerk siehe Klaus Schwabe: Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik. Düsseldorf 1971 sowie pointierter Arno J. Mayer: Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles. London 1968.

⁴ Zu den Verhandlungen des amerikanischen Obristen Arthur L. Conger in der Obersten Heeresleitung und mit deutschen Regierungsvertretern siehe Schwabe S. 279 ff. sowie Gerhard Rakenius: Wilhelm Groener - Die Tätigkeit der obersten Heeresleitung 1918–1919. Phil. Diss. Freiburg 1974 (MS) S. 206 ff. Clémenceau, Marschall Foch und Churchill befürworteten eine gewaltsame Ausmerzung des »bolschewistischen Pestherdes«, während Wilson und Lloyd George in dem Bolschewismus ein Übergangsphänomen, einen vorübergehenden Protest gegen die zerrüttete Weltordnung sahen (Mayer S. 21, 27, 293 ff.).

- 5 Horst-Günther Linke: *Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo*. Köln 1970 sowie Marie-Luise Goldbach: *Karl Radek in Deutschland. Ein Beitrag zum Verhältnis von KPD und Komintern und zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen 1918 und 1923*. Köln 1972.
- 6 Einflußreichster Protagonist eines außenpolitischen Eigenweges war Außenminister Gustav Stresemann. Dazu Michael-Olaf Maxelon: *Stresemann und Frankreich 1914–1929. Deutsche Politik der Ost-West-Balance*. Düsseldorf 1974 sowie Martin Walsdorff: *Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Rußlandpolitik in der Locarno-Ära*. Bremen 1971.
- 7 M. Lewin: *Die Auseinandersetzung in der Agrarfrage und die Wirklichkeit in der UdSSR 1928–1940* sowie Maurice Dobb: *Die Diskussion in den zwanziger Jahren über den Aufbau des Sozialismus*. Beide in Peter Hennicke (Hrsg.): *Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften*. Frankfurt a. M. 1973. Ferner die Beiträge von Georg von Rauch und Karl-Heinz Ruffmann über die Sowjetunion in der *Weltpolitik der 30er Jahre* in dem von Oswald Hauser herausgegebenen Sammelband »*Weltpolitik 1933–1939*«. Göttingen 1973.
- 8 Dazu grundlegend die Arbeiten von Andreas Hillgruber: *Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941*. Frankfurt am Main 1965; *Die weltpolitische Lage 1936–1939: Deutschland*. In: Oswald Hauser (Hrsg.): *Weltpolitik 1933–1939*. Göttingen 1974; Klaus Hildebrand: *Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma?* Stuttgart 1973 sowie unter ökonomischen Gesichtspunkten Alan S. Milward: *Hitlers Konzept des Blitzkrieges*. In: Andreas Hillgruber (Hrsg.): *Probleme des Zweiten Weltkrieges*. Köln 1967. S. 19–40. Zur neuesten Diskussion dieser These siehe die Beiträge in den Sammelwerken Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*. Düsseldorf 1975 sowie Manfred Funke (Hrsg.): *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches*. Düsseldorf 1976.
- 9 Bernd Martin: *Britisch-deutsche Friedenskontakte in den ersten Monaten des Zweiten Weltkrieges. Eine Dokumentation über die Vermittlungsversuche von Birger Dahlerus*. In: »*Zeitschrift für Politik*«, 1972, S. 206–221.
- 10 Das britische Kriegskabinett einigte sich in einer Sitzung am 28. Mai 1940 auf die folgende, von Chamberlain vorgetragene Kompromißformel: »The Lord President of the Council (Chamberlain) said that it was our duty to look at the situation realistically. He felt bound to say that he was in agreement with the Foreign Secretary (Halifax) in taking the view that if we thought it was possible that we could now get terms which, although grievous, would not threaten our independence, we should be right to consider such terms (Public Record Office London – PRO – War Cabinet, Confidential Annexes, 145th conclusions). Für den Kontext siehe ausführlich Martin: *Friedensinitiativen* S. 241 ff.
- 11 Die Regierung Roosevelt lehnte seit ihrem Amtsantritt prinzipiell eine Vermittlung zwischen den faschistisch-autoritären Staaten und ihren Gegnern ab. So wurde im Mai 1933 der Wunsch der chinesischen Regierung, die USA im mandschurischen Konflikt als Vermittler anzurufen, mit dem Hinweis auf den Völkerbund ebenso fadenscheinig abgewiesen, wie Roosevelt unter Berufung auf die öffentliche Meinung alle Vermittlungsaufforderungen seit dem 11. Sept. 1939 blockierte. (Norman A. Graebner: *Hoover, Roosevelt, and the Japanese*. In: Dorothy Borg and Shumei Okamoto (Hrsg.): *Pearl Harbor and History*. Columbia University Press 1973. S. 34 sowie Martin: *Friedensinitiativen* S. 132 ff.)
- 12 Annexion der ostpolnischen Gebiete am 17. Sept. 1939, Beistandspakte mit Estland und Lettland (5. Okt. 1939) und Litauen (10. Okt. 1939), Annexion der baltischen Staaten sowie der Nordbukowina und Bessarabiens im Juni 1940. (Zu Stalins Politik der »freien Hand« am ausführlichsten Hillgruber: *Hitlers Strategie* S. 102 ff.). Die sowjetische Führung wünschte ein regional überschaubares Kriegsgeschehen in Europa, bei der keine Seite als überragender Sieger hervorgehen sollte; sie unterstützte daher sowohl nach dem Polen- als auch nach dem Frankreichfeldzug deutsche vermeintliche Friedensofferten (Martin: *Friedensinitiativen* S. 79 ff. und 329 f.).
- 13 Diese These, von der revisionistischen amerikanischen Geschichtsschreibung vehement verfochten (Charles Callan Tansill: *Die Hintertür zum Kriege. Das Drama der internationalen Diplomatie von Versailles bis Pearl Harbor*. Düsseldorf 1956), wird von der traditionellen Historiographie (Robert C. Butow: *Tojo and the Coming of War*. Princeton 1961) und in dem neuesten japanisch-amerikanischen Gemeinschaftswerk, hrsg. von Borg/Okamoto, stark modifiziert. Zur japanischen unmittelbaren Vorkriegspolitik auch Bernd Martin: *Japans Weltmachtstreben 1939–1941*. In: Oswald Hauser (Hrsg.): *Die weltpolitische Lage 1939–1945*. Göttingen 1975. S. 98–130.
- 14 Z. B. auf die lend-and-lease-Lieferungen. Dazu als neueste Darstellung George C. Herring, Jr.: *Aid to Russia 1941–1946. Strategy, Diplomacy. The Origins of the Cold War*. Columbia University Press 1975, in der Friedensgerüchte am Rande kurz erwähnt (S. 88, 96, 106), aber nicht im Zusammenhang mit der amerikanischen Hilfeleistung interpretiert werden.
- 15 Als neueste Darstellung Joseph M. Siracusa: *New Left Diplomatic Histories and Historians: The American Revisionists*. Port Washington, N. Y. und London 1973, sowie die polemische Kritik von Robert James Maddox: *The New Left and the Origins of the Cold War*. Princeton University Press 1973, und die einen vermittelnden Standpunkt beziehende Sammelrezension von Warren F. Kimball: *The Cold War Waived Over*. In: »*American Historical Review*«, 1974, S. 1119–1136. Dem revisionistischen Standardwerk von Gabriel Kolko: *The Politics of War. The World and United States Foreign Policy, 1943–1945*. New York 1968, sind separate Friedensfühler der Sowjetunion eine Unvorstellbarkeit; hingegen wird dieses Problem in der neuesten, modifiziert revisionistischen Darstellung von John Lewis Gaddis: *The United States and the Origins of the Cold War 1941–1947*. Columbia University Press 1972, zumindest beiläufig erwähnt (S. 73). Die beste Auseinandersetzung mit dem dem Trauma Vietnam verhafteten »Links-«Historiographie Charles S. Maier: *Revisionism and the Interpretation of Cold War*

Origins. In: »Perspectives in American History«, 1970, S. 313–347, der die Frage eines sowjetischen Separatfriedens allerdings auch nicht aufgreift.

- ¹⁶ Ernst Nolte: Deutschland und der Kalte Krieg. München 1974, weist einmal auf die westliche Furcht vor einem Wortbruch Stalins hin (S. 158f.), gibt aber keine Belege.
- ¹⁷ Vgl. die Kritik von Richard Löwenthal an der Darstellung Noltens in »Die Zeit«, 13. Juni 1975, S. 12: »Unter den Lücken, die mir aufgefallen sind, betrifft die wichtigste den Anfang: Stalins Bemühungen um einen Separatfrieden . . .«
- ¹⁸ Als neueste Abhandlung aufgrund bislang unbekannter britischer Quellen aus privater Hand James Douglas-Hamilton: *Motive for a Mission. The Story behind Hess's Flight to Britain*. London 1971 (dt.: Geheimflug nach England. Der »Friedensbote« Rudolf Heß und seine Hintermänner. Düsseldorf 1974) sowie eingebettet in die weltpolitische Situation Martin: *Friedensinitiativen* S. 425 ff.
- ¹⁹ Sir Alexander Cadogan: *The Diaries of Sir Alexander Cadogan. 1938–1945*. Edited by David Dilks. London 1971, Eintragung unter dem 9. Juni 1941; ferner Sir Llewellyn Woodward: *British Foreign Policy in the Second World War. Vol. II*. London 1971. S. 8 und 14.
- ²⁰ Woodward II S. 15: Botschaft Stalin–Churchill vom 17. Juli 1941. Am 30. Juli wiederholte Stalin diese Aufforderung vor Roosevelts Sendboten Harry Hopkins und befürwortete amerikanischen Truppeneinsatz unter amerikanischem Oberbefehl an jedem Abschnitt der russischen Front (Robert E. Sherwood: *Roosevelt and Hopkins: An Intimate History*. New York 1948. S. 343).
- ²¹ So Churchill an Roosevelt in einem Kommentar zu Stalins Schreiben vom 4. Sept. 1941, in dem monatliche Lieferungen von 400 Flugzeugen, 500 Panzern sowie innerhalb von zwei Monaten 30000 Tonnen Aluminium von Großbritannien angefordert worden waren. (Woodward II S. 30 und 33).
- ²² Am 9. September 1941. Diese Unterredung wurde im Nürnberger Prozeß nicht bekannt. Dazu sowie zum folgenden Martin: *Friedensinitiativen* S. 444 f.
- ²³ Kolko: *Politics of War* S. 17. Auch die Interpretation von Adam B. Ulam: *Expansion and Coexistence: The History of Soviet Foreign Policy, 1917–1967*. London 1968. S. 319f., der von einem überzeugenden Beweis einer rein militärischen Entscheidung Stalins spricht, trifft nicht den ganzen Sachverhalt.
- ²⁴ Schreiben Stalin an Churchill vom 14. Sept. 1941 (Woodward II S. 34). Die Gründe für die englische Ablehnung, Mangel an Material und ausgebildeten Soldaten, akzeptierte die sowjetische Seite nicht (es standen schließlich britische Einheiten im Mittleren Osten und im Mutterland), sondern mutmaßte dahinter ein politisches bzw. strategisches Kalkül der Engländer.
- ²⁵ Dazu als neueste Darstellung Herring (Anm. 14) sowie das amtliche Werk über die Hauptnachschublinie von T. H. Vail Motter: *The Persian Corridor and Aid to Russia*. Washington, Office of the Chief of Military History, 1952. Als informativer Überblick Wolfgang Schlauch: *Rüstungshilfe der USA an die Verbündeten im Zweiten Weltkrieg*. Darmstadt 1967.
- ²⁶ Internationales Military Tribunal – JMT – Nürnberg: Bd. 1, S. 399f.: Abweichende Stellungnahme des Sowjetrichters: »Heß war ein entschiedener Anhänger der Aggressionspolitik Hitlers . . . Als das letzte von diesen Vorhaben ist die Mission, die Heß bei seinem Fluge nach England übernahm, zu betrachten, die darauf abgestellt war, die Durchführung des Angriffes gegen die Sowjetunion zu erleichtern, was durch eine zeitweilige Befriedung mit England erreicht werden sollte«. S. 402 Schlußsatz: ». . . halte ich als einzig richtiges Strafmaß für ihn die Todesstrafe«.
- ²⁷ Die Pravda verlangte am 19. Okt. 1942, die deutschen Kriegsverbrecher noch während des Krieges abzuurteilen und nannte das verbündete Großbritannien ein Refugium für den Gangster Heß, der als Abgesandter Hitlers dort Immunität genieße. Diese Meldung schockierte die Westmächte (Woodward II S. 277 ff. sowie *Foreign Relations of the United States – FRUS – 1942*, Bd. I) und führte zu einer Unterredung Stalins mit dem britischen Botschafter am 5. Nov. 1942 (»Stalin apparently felt extremely bitter towards Hess and during the conversation gave the impression that he was still suspicious that the British might use Hess to make some kind of a deal with Germany at Russia's expense«. *FRUS*, 1942, I S. 65 f.). Ähnlich zu bewerten ist die Pravda-Notiz vom 17. Jan. 1944 über angebliche Gespräche zwischen Ribbentrop und zwei englischen Unterhändlern in Spanien (*FRUS*, 1944, I S. 494 ff.; ferner die sowjetische Darstellung von W. B. Uschakow: *Deutschlands Außenpolitik 1917–1945. Ein historischer Abriss*. Berlin (Ost) 1964, in dem das Treffen nach wie vor als authentisch hingestellt wird (S. 407).
- ²⁸ Über diese Haltung Hitlers gibt es eine Vielzahl gesicherter Belege. Nur zwei dieser symptomatischen Aussagen seien hier angeführt: »Der Führer aber werde nicht kapitulieren, sondern kämpfen, und wenn er eines Tages die 16- oder die 14jährigen einziehen müsse. Es wäre immer noch besser, sie fielen im Kampf gegen den Osten, als daß sie bei einem verlorenen Krieg zermartert oder in niederster Sklavenarbeit zerschunden würden«. (Am 10. Dez. 1942 zu dem niederländischen Faschistenführer Mussert. Andreas Hillgruber und Jürgen Förster: *Zwei neue Aufzeichnungen über »Führer«-Besprechungen aus dem Jahre 1942*. In: »Militärgeschichtliche Mitteilungen«, 11, 1972, S. 109–126). »Ein Wort kenne ich nicht und werde ich nie kennen als Führer des deutschen Volkes und als euer Oberster Befehlshaber: es heißt Kapitulation, d. h. Ergebung in den Willen eines anderen – niemals, niemals« (Rede vor Offiziersanwärtern am 20. Nov. 1943. In: Max Domarus: *Hitler, Reden und Proklamationen*. Bd. II. Untergang 1939–1945. Würzburg 1963. S. 2060 ff.).
- ²⁹ Am aufschlußreichsten Hitlers Ausführungen auf einer Besprechung in der »Wolfsschanze« am 16. Juli 1941 vor Göring, Keitel, Lammers und Rosenberg (Akten zur deutschen auswärtigen Politik – ADAP –, Serie D, Bd. XIII, Dok. 114). Ausführlich und prägnant dazu der Aufsatz von Andreas Hillgruber: *Die »Endlösung« und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus*. In: »Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte«, 1972, S. 133–153.
- ³⁰ Martin: *Friedensinitiativen* S. 453 ff., 466 f.

- ³¹ Ebenda S. 448–504.
- ³² Ebenda S. 454 f.
- ³³ Nach wie vor nicht überholt Wayne S. Cole: *America First. The Battle against Intervention 1940–1941*. Madison 1953.
- ³⁴ Für die einzelnen Lageanalysen unmittelbar vor und nach dem deutschen Überfall siehe Hillgruber: *Hitlers Strategie* S. 444 ff. und Woodward I S. 615.
- ³⁵ Martin: *Friedensinitiativen* S. 459, 475.
- ³⁶ Woodward I S. 14. Absatz II des Vertrages besagte: »They further undertake that during this war they will neither negotiate nor conclude an armistice or treaty of peace except by mutual agreement«.
- ³⁷ Vgl. die in den Tagebüchern der Seekriegsleitung (KTB 1. Skl D Lageüberblick, politische Nachrichten und KTB 3. Skl Auslandspresseberichte, Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg) wiedergegebenen Meldungen, z. B. 5., 6., 17. und 22. Okt. 1941 (Alternative Kerenskij).
- ³⁸ So z. B. Eden zum spanischen Botschafter Alba im September 1941: Die Sowjetunion werde als Verbündeter nach einem Ende des Krieges in Rußland nicht ganz ausfallen (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Bestände Staatssekretär: England, Telegramm des deutschen Botschafters Madrid an das Auswärtige Amt, Nr. 3255 vom 20. Sept. 1941, bzw. Meldungen aus der Türkei, Deutsche Botschaft – Auswärtiges Amt vom 25. 8. 1941 und 20. 6. 1942, Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, WO I – 6/554, WO I – 6/578) über amerikanisch-englische Vorstellungen zur Bildung einer nationalen Regierung. – Sicherlich geben diese Nachrichten kaum den wahren Sachverhalt wieder; sie kennzeichnen aber die damalige unsichere Atmosphäre und die Gedanken in Geheimdienst- und Diplomatenkreisen.
- ³⁹ Staatssekretär von Weizsäcker forderte von dem ehemaligen Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in Moskau, Gustav Hilger, eine Stellungnahme über die Möglichkeit einer nationalrussischen Regierungsbildung unter Kerenskij an. Hilger bezeichnete derartige Gedanken als irrealer Spekulationen (Polit. Archiv, Auswärtiges Amt Bonn, Bestände Staatssekretär: Rußland, Notiz Hilger vom 2. Dez. 1941).
- ⁴⁰ Martin: *Friedensinitiativen* S. 459 ff. Für den sowjetischen Argwohn siehe Woodward II S. 30 und S. 220 ff.: Stalin zu Eden am 17./18. Dez. 1941 in Moskau (als sich der britische Außenminister beharrlich weigerte, die russischen Grenzen von 1941 anzuerkennen): »I thought that the Atlantic Charter was directed against those people who were trying to establish world dominion. It now looks as if the Charter were directed against the U.S.S.R.« Daß den amerikanischen Kriegs- und Friedensplanungen auch Vorstellungen von einer liberal-kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung zugrunde lagen, wird nicht mehr allein von der revisionistischen Historiographie vertreten. Siehe dazu die Auseinandersetzung von Charles S. Maier (Anm. 15) mit G. Kolko S. 327 ff. Besonders Außenminister Cordell Hull betrachtete »trade agreements as the key to peace« und exemplifizierte diese politische Grundhaltung in der Auseinandersetzung mit Japan. (James C. Thomson: *The Role of the State Department*. In: Borg/Okamoto (Anm. 11) S. 81–106.
- ⁴¹ Domarus S. 1758 ff.
- ⁴² Martin: *Friedensinitiativen* S. 476 f.
- ⁴³ Ebenda S. 477.
- ⁴⁴ 10. November 1941, Original im PRO (London) FO C 12277/324/18.
- ⁴⁵ ADAP D XIII Dok. 465: Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in Washington an das Auswärtige Amt vom 13. November 1941.
- ⁴⁶ Rundtelegramm des Foreign Office an die Missionen in den neutralen Ländern (PRO FO C 12277/324/18) vom 17. Nov. 1941.
- ⁴⁷ Martin: *Friedensinitiativen* S. 487, ausführliche Wiedergabe.
- ⁴⁸ Ebenda S. 495 ff.
- ⁴⁹ ADAP Serie F, II Dok. 79: Bericht der Deutschen Gesandtschaft Bern vom 25. März 1942 sowie Unterredungen des Verf. mit Botschaftsrat a. D. Sigismund Freiherr v. Bibra (†) am 28. und 29. Juni 1969 in Irmelshausen/Rhön. Ausführlich zu diesem ganzen Vorgang Martin: *Friedensinitiativen* S. 496 f.
- ⁵⁰ Ebenda.
- ⁵¹ Auslösendes Moment für das Einbringen des Mißtrauensantrages war der Fall Tobruks am 10. Juni 1942. Winston S. Churchill: *Der Zweite Weltkrieg*. Band IV, 1. Stuttgart 1952. S. 452 ff. Der Antrag wurde mit 475:25 Stimmen abgelehnt. Am 27. Juni 1942 hatte der britische Rundfunk alle Hoffnungen auf Frieden verworfen (Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, KTB 3. Skl, Politische Übersicht).
- ⁵² Vgl. Anm. 67; für die britischen Aide-Mémoires an die Washingtoner Regierung über Friedensfühler der Achsenmächte siehe FRUS 1943 I S. 484–513.
- ⁵³ Günter Moltmann: *Die Genesis der Unconditional-Surrender-Forderung*. In: Andreas Hillgruber (Hrsg.): *Probleme des Zweiten Weltkrieges*. Köln 1967. S. 171–198.
- ⁵⁴ Julius Epstein: *Keine Antwort von Präsident Roosevelt 1943: Friedensfühler der deutschen Opposition. Geheimverhandlungen am Bosphorus*. In: »Die Welt«, 19. 7. 1958. Der Artikel beruht auf Niederschriften Earles.
- ⁵⁵ Franz von Papen: *Der Wahrheit eine Gasse*. München 1952. S. 562 ff. Dieser Vorstoß Papens erfolgte vermutlich in Absprache mit neutralen Kreisen (Schweiz, Spanien, Vatikan) sowie Rumäniens (Pol. Archiv Ausw. Amt Bonn Staatssekretär Rußland, 20. und 23. März 1943). Vgl. auch Mussolinis Initiative bei Hitler im April 1943, Hntler Anm. 81.
- ⁵⁶ Epstein (Anm. 54), Papen S. 566, sowie die Abhandlung des amerikanischen Generals Albert C. Wedemeyer: *Der verwaltete Krieg*. Gütersloh 1960. S. 470 f., ferner Schreiben Franz von Papen – H. Mühl-eisen (Freiburg, in dessen Händen sich ein Großteil des Lersner-Nachlasses befindet) vom 21. 1. 1967

- über Verhandlungen Lersners in seinem, Papens, Auftrag sowie schriftliche Zeugenbefragung Lersners durch Papens Anwalt Dr. Kubuschok im Februar/April 1946 (Kopie des Schriftwechsels freundlicherweise von Herrn Mühleisen dem Verf. überlassen).
- ⁵⁷ Bereits nach der Zusammenkunft Churchills mit dem türkischen Staatspräsidenten İnönü am 30. Jan. 1943 hatte der türkische Außenminister Menemencioglu den deutschen Botschafter Papen auf die Möglichkeit eines britisch-deutschen Kompromißfriedens angesprochen (Lothar Kreckler: Deutschland und die Türkei im Zweiten Weltkrieg. Frankfurt am Main 1964. S. 321). Im August 1943 will dann Papen – entsprechend einem Bericht des britischen Botschafters – in Ankara dieses Angebot unterbreitet haben (Sir Llewellyn Woodward: British Foreign Policy in the Second World War. (Einbändige Ausgabe). London 1962. S. 480f.).
- ⁵⁸ Zu Papens Angeboten an Herriot im Juni 1932 auf der Konferenz in Lausanne, einen deutsch-französischen Zollverband sowie eine gemeinsame antisowjetische Militärallianz abzuschließen, siehe Bernd Martin: »Friedens«-Planungen der multinationalen Großindustrie (1932–1940) als politische Krisenstrategie. In: »Geschichte und Gesellschaft«, 1, 1976. Zur sowjetischen Deutschlandpolitik Thomas Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934. Berlin 1970. S. 140 ff.
- ⁵⁹ Siehe oben Anm. 9.
- ⁶⁰ Reichssicherheitshauptamt, RSHA/VID 7 (Englandreferat des Auslandsnachrichtendienstes) Handakten Ernst-Otto Schüddekopf: Außenpolitische Kriegsziele Englands. Originale im Bundesarchiv Koblenz nicht auffindbar. Mikrofilm Kopie (Guide 39 to German Records, Microfilmed at Alexandria, Va. – USA –, Mikrofilm 1195, Serial 458, Roll 458, Frames 2974992–2975297): »Abschrift: Aufzeichnung über Aussprachen mit Mr. Bull (Myron C. Taylor) und Mr. Roberts (Allen W. Dulles)« sowie ebenda: Abgefangenes Telegramm des amerikanischen Gesandten in der Schweiz vom 7. 4. 1943 Harrison über ein Gespräch mit Max Egon zu Hohenlohe-Langenburg (Kopien im Besitz des Verf.). Der Inhalt dieser Gespräche wurde erstmals 1948 in Moskau in einer regierungsamtl. Publikation bekannt: »Falsifikatory istorii. Istoričeskaja spravka«. Gospolitizdat Moskva 1948. Eine Zusammenfassung der deutsch-amerikanischen Kontakte (allerdings mit Schwergewicht auf den Widerstandskreisen!) gibt V. D. Granov: Iz Istorii tajnych peregovoroch meždu predstaviteljami Germanii i SSA v period vtoroj mirovoj Voiny. In: »Učenyje zapiski«, Akademii Obščestvennych Nauk pri CK KPSS, Moskva 1958, No 42, S. 219–236. Auf dem Höhepunkt der zweiten Berlin-Krise publizierte die englischsprachige Moskauer »New Times«, Nr. 27, im Juli 1960 erneut einen Auszug über das Gespräch Dulles' mit deutschen Unterhändlern. Die 1962 erschienene sowjetische Darstellung »Geschichte der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik der UdSSR, 1939–1945« (dt. Ausgabe Berlin (Ost) 1965), hrsg. von W. G. Truchanovskij, berichtete korrekt über die Gespräche; hingegen werden sie in dem 1975 in Moskau erschienenen Werk von Viktor Israeljan: Die Antihitlerkoalition, unter den Auspizien der »friedlichen Koexistenz« nicht mehr erwähnt.
- ⁶¹ Zu Hohenlohes Person und seiner Tätigkeit als Friedensunterhändler siehe, z. T. basierend auf Privatpapieren aus dem Nachlaß Hohenlohe, Martin: Friedensinitiativen S. 85 Anm. 15, 103, 279 ff., 294 ff., 320 ff.
- ⁶² Eine Unterredung des Verf. mit Reinhard Spitzky am 19. März 1971 in München bestätigte ziemlich genau den Sachverhalt, wie er in den vorhandenen Akten dargelegt ist.
- ⁶³ Vgl. Anm. 60, Aufzeichnung Frame 297504: »Das Problem einer friedlichen oder kriegerischen Beendigung des deutsch-russischen Konfliktes schien doch die Hauptsorge der Amerikaner zu sein«. Handschriftliche Randbemerkung, vermutlich von Schüddekopf, vom 28. April 1943: »Da man dem Führer mit derartigen Ansichten laut Äußerung RFSS (Himmler) nicht kommen kann – im Gegensatz zu Ansichten der militärischen Umgebung des Führers – so soll wenigstens Propagandaaktion gegen Roosevelts Wiederwahl gestartet werden mit Androhen einer möglichen deutsch-sowjetischen Verständigung, ohne das jemals ernsthaft in Erwägung zu ziehen«.
- ⁶⁴ Auch wenn bislang die Erinnerungen Franz von Papens (S. 572 ff.) der einzige Beleg für diese Aktion sind, so dürfte die Darstellung im groben zutreffend sein. Dieser amerikanische Vorstoß paßt zu gut in das diplomatisch-geheimdienstlich-taktische Poker um Positionen unmittelbar vor der Moskauer Außenministerkonferenz und dem darauffolgenden Treffen der »Großen Drei« in Teheran.
- ⁶⁵ Der japanische Außenminister M. Shigemitsu versuchte am 24. Jan. 1944 in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter Heinrich Stahmer, die deutsche Führung bei den Verhandlungen mit den Russen vergeblich zu einem Verzicht auf die Ukraine zu bewegen (B. Martin: Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg. Vom Angriff auf Pearl Harbor bis zur deutschen Kapitulation. Göttingen, Zürich, Frankfurt am Main 1969. S. 188).
- ⁶⁶ Über diese Kontakte sind die Darstellungen vielfach apologetisch und in der Wertung überzogen. So Walter Schellenberg: Memoiren. Köln 1959. S. 318 ff.; Achim Besgen: Der stille Befehl. Medizinalrat Kersten, Himmler und das Dritte Reich. München 1960. S. 33f. Gespräche zwischen Felix Kersten, Himmlers Leibarzt, und einem Mitglied der amerikanischen Handelsgesellschaft in Schweden, Abraham S. Hewitt sowie ein Treffen Hewitt-Schellenberg am 9. Nov. 1943 sind indes in dem Bericht von Hewitt (FRUS 1944 I S. 489–493) eindeutig belegt. Die amerikanische Regierung hätte sonst wohl kaum die britische und sowjetische sogleich informiert (ebenda S. 491 Anmerkung 40).
- ⁶⁷ Cordell Hull: The Memoirs of Cordell Hull. New York 1948. S. 1297 und 1308 f.; FRUS 1943 I S. 680, 737 (britischer Vorschlag), S. 753 (Unterzeichnung des entsprechenden Geheimprotokolls am 1. November 1943).
- ⁶⁸ Am umfassendsten, obwohl nicht sämtliche Aktionen erfassend, Vojtech Mastny: Stalin and the Pro-

- spects of a Separate Peace in World War II. In: »American Historical Review«, 1971, S. 1365–88; ferner auf damaliger schmaler Quellengrundlage Karl-Heinz Minuth: Sowjetisch-deutsche Friedenskontakte 1943. In: »Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, 1965, S. 38–45. Für die sowjetische Deutschlandpolitik siehe den Überblick von Alexander Fischer: Varianten der sowjetischen Deutschlandpolitik 1941–1945. In: »Deutschland Archiv«, 1973, S. 382–400; ders.: Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945. Stuttgart 1975. Unzureichend und mit groben Fehlern – da sowohl in Unkenntnis der oben genannten Literatur als auch des politischen Kontexts – die neueste Abhandlung von Hans-Joachim Koch: The Spectre of a Separate Peace in the East: Russo-German »Peace-Feelers«, 1942–1944. In: »Journal of Contemporary History«, 1975, S. 531–549. Ferner die wichtigsten Augenzeugenberichte Peter Kleist: Zwischen Hitler und Stalin 1939–1945. Aufzeichnungen. Bonn 1950. Protokoll H. Heiber (Institut für Zeitgeschichte, München) über Befragung von Werner G. Boening am 13. Dez. 1957. Institut für Zeitgeschichte, München ZS 1624, (freigegeben für den Verf. durch Schreiben von Herrn Boening vom 26. April 1970). Interviews des Verf. mit Peter Kleist (†) Westerham Obb. am 15./16. April 1970 und Werner G. Boening am 16. April 1970 in München. Für die Überlassung der Klaus-Berichte dankt der Verf. Herrn Boening. Für die Verhandlungen 1944 siehe die Berichte von Schellenberg und Kleist an Kaltenbrunner/Himmler im Bundesarchiv Koblenz, Dossier R 58/1225. Von einer Publikation dieser Dokumente wurde dem Verf. mit Schreiben vom 28. März 1969 des Bundesarchivs abgeraten, da ein Mitarbeiter des Archivs diese Edition besorgen wollte. Inzwischen ist dieser Fund in dem Aufsatz von Koch (s. o.) ausgewertet.
- Eine ausführliche Darstellung dieser deutsch-sowjetischen Kontakte bleibt dem geplanten zweiten Band des Verf. über »Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg« vorbehalten.
- ⁶⁹ Politisches Archiv Auswärtiges Amt Bonn. Handakten Botschafter Ritter: Rußland. Aufzeichnung vom 20. Juli 1941. Interview Verf. – Werner Boening am 16. April 1970 in München.
- ⁷⁰ Ebenda (Aussage Boening): Boening, formal Filmatnaché an der deutschen Gesandtschaft in Stockholm, war vom Amt Canarias als Rußlandspezialist bereits im September 1939 dorthin versetzt worden.
- ⁷¹ Woodward II S. 220 ff.
- ⁷² Am 23. Febr. 1942 Tagesbefehl Stalins zum Gründungstag der Roten Armee: »Die Geschichte zeigt, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk und der deutsche Staat bleiben bestehen«. FRUS 1942 III S. 111 ff.; Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, KTB, 3. Skl, Politische Übersicht 26. Febr. 1942: Reaktion der westlichen Presse. Zur Stimmung in der Roten Armee, Tagebucheintragung eines sowjetischen Offiziers vom 22. Jan. 1942: »Ich denke, es vergeht vielleicht noch ein Jahr, vielleicht noch weniger, und dann werden die Rotarmisten selbst ohne Minister des Äußeren einen Frieden schließen, so wie das im vergangenen Krieg auch war«. In: »Tagebuch eines sowjetischen Offiziers vom 1. Jan. – 8. Febr. 1942«. Hrsg. von Bernd Martin. In: »Wehrwissenschaftliche Rundschau«, H. 6, 7, 8 1967.
- ⁷³ Pol. Archiv Auswärtiges Amt Bonn Handakten Botschafter Ritter: Rußland. Bericht des Amt Ausland/Abwehr vom 23. März 1942 über Sonderfrieden Deutschland-Rußland, u. a.: Meldung eines Stockholmer V-Manns vom 6. März: »Bereits im September und während des ganzen Herbstes vor allem aber jetzt in den letzten Tagen sei die Bereitwilligkeit der Sowjets erkennbar, einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen«. Der V-Mann war der deutsche Agent Edgar Klaus, der über Kontakte zur sowjetischen Gesandtschaft verfügte; die Informationen überbrachte Boening mündlich in Berlin (Interview des Verf. mit Boening am 16. April 1970 in München). Der damalige deutsche Gesandtschaftsrat in Stockholm, Dr. Werner Dankwort, hatte in einem Gespräch mit dem Verf. am 20. Nov. 1969 in Baden-Baden ebenfalls Klaus als Quelle dieser Informationen bezeichnet.
- ⁷⁴ Bruno Peter Kleist (1904–1971), Promotion in osteuropäischer Geschichte über die völkerrechtliche Anerkennung Sowjetrußlands, seit 1933 NSDAP-Mitglied, 1935 Referent in der »Dienststelle Ribbentrop« für Polen und die baltischen Länder, Juni 1941 Übernahme in das »Ostministerium« Rosenbergs. Seitdem Doppelfunktion als Angehöriger des Ostministeriums und der dem Auswärtigen Amt unterstellten, 1940 begründeten »Zentralstelle Osteuropa«.
- ⁷⁵ Kleist S. 241; Mastny S. 1371 ff.
- ⁷⁶ Interview Verf.-Dankwort am 20. Nov. 1969. Dankwort leitete die Gesandtschaft während des Wechsels von Viktor Prinz zu Wied auf Hans Thomsen Anfang 1943. Ferner die Zeitungsberichte vom 19. 6. 1947 in »Stockholms Tidningen« und vom 13. 12. 1948 in »Allgemeine Zeitung« (Kopien im Besitz des Verf.).
- ⁷⁷ Mastny S. 1370f.: Semjonow war von 1946 bis 1953 politischer Berater bei der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, 1953–54 Hoher Kommissar der UdSSR in Deutschland und Botschafter in der DDR, seit 1955 stellvertretender Außenminister.
- ⁷⁸ Martin: Deutschland und Japan S. 110 f.
- ⁷⁹ Ebenda S. 114 (Ende Juli 1942), S. 119 (Sept. 1942), S. 182 (Ende Juli 1943), S. 183 (Sept. 1943). Über diesen Vorstoß informierte die sowjetische Regierung Washington wie über die weiteren japanischen Sondierungen im April 1944 (S. 191) und im September 1944 (S. 197). Auch Interview des Verf. mit dem ehemaligen japanischen Botschafter in Moskau, Naotake Sato, am 19. Sept. 1969 in Tokyo.
- ⁸⁰ In einem Schreiben an Hitler vom 1. Dezember 1942 rief Mussolini, den Krieg gegen Rußland, der keinen Zweck mehr habe, »auf die eine oder andere Weise abzuschließen« (Martin: Deutschland und Japan S. 119; auch Galeazzo Ciano: Tagebücher 1939–1943. Bern 1947. Eintragungen 6., 16., 18./19., 22. und 31. Dez. 1942 sowie Unterredungen Hitler-Ciano am 18. und 20. Dezember 1942 im Führerhauptquartier. In: Andreas Hillgruber (Hrsg.): Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes. Bd. II. 1942–1944. Frankfurt am Main

S. 160ff. und S. 190ff.).

- ⁸¹ Treffen Hitler-Mussolini in Kleßheim bei Salzburg vom 7.–10. April 1943. Zu den Unterredungen siehe die Augenzeugenberichte Karl Friedrich von Plehwe: Schicksalsstunden in Rom. Das Ende eines Bündnisses. Frankfurt am Main 1967. S. 23 f.; Enno von Rintelen: Mussolini als Bundesgenosse. Erinnerungen des deutschen Militärattachés in Rom 1936–1943. Tübingen 1951. S. 192 f.; Paul Schmidt: Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas. Bonn 1949. S. 562f. Zu den Meinungsverschiedenheiten über den Ostkrieg sei es in der Schlußunterredung am 10. April gekommen (Opera Omnia di Benito Mussolini. Vol. XXXI, Firenze 1960. S. 173).
- ⁸² Ebenda. Martin Bormann befürwortete Verhandlungen mit den Russen (Henry Picker: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942. Stuttgart ²1965. S. 516f.).
- ⁸³ So schon 1940 der Tenor der britisch-amerikanischen Propaganda (Martin: Friedensinitiativen S. 387 f.; Rede Churchills vom 23. Dez. 1940, ferner S. 401). Für die Haltung der Westmächte im Sommer 1943 und die Botschaft Roosevelts und Churchills an das italienische Volk vom 16. Juli 1941 siehe Woodward II S. 461 ff.; aus sowjetischer Sicht Isracljan S. 196 f.
- ⁸⁴ Treffen in Feltre bei Venedig am 19. Juli 1943 (Hillgruber: Staatsmänner II S. 286 ff.; Plehwe S. 68 ff.).
- ⁸⁵ Isracljan S. 200 ff., Woodward II S. 519 ff.
- ⁸⁶ Unterredung Hitler/Ribbentrop-japanischer Botschafter Oshima am 4. September 1944 (Martin: Deutschland und Japan S. 196 Anm. 174).
- ⁸⁷ George Alexander Lensen: The Strange Neutrality. Soviet-Japanese Relations during the Second World War 1941–1945. Tallahassee/Florida 1972 sowie Martin: Deutschland und Japan S. 190ff. und S. 291: Beschluß des Obersten Kriegsrates, Tokyo, vom 21. September 1944.
- ⁸⁸ Ebenda, Wortlaut des »Protokolls über die Aufgabe der japanischen Öl- und Kohlekonzessionen auf Nord-Sachalin«, des »Protokolls über die Erweiterung der Fischereikonvention« sowie der eines Notenwechsels, alles vom 30. März 1944 datiert, bei Lensen S. 279 ff.
- ⁸⁹ Am 30. Okt. 1943 anlässlich des Abschlußbankettes der Moskauer Außenministerkonferenz versprach Stalin dem amerikanischen Außenminister erstmals eine sowjetische Beteiligung im Krieg gegen Japan nach dem gemeinsamen Sieg über Deutschland (Hull: Memoirs S. 1308 ff.).
- ⁹⁰ Politisches Archiv Auswärtiges Amt Bonn, Akten Staatssekretär Schweden: Telegramme des deutschen Gesandten Werner Thomsen an das Auswärtige Amt, Nr. 1767 und 1768 vom 21. Juni 1943. Kleist S. 243; Mastny S. 1378. Am 4. Juni 1943 hatten Roosevelt und Churchill Stalin informiert, daß die »Zweite Front« nicht vor Mai 1944 aufgestellt werden könne. Diese erneute Verschiebung einer massiven Landentlastungsoffensive führte zur größten Krise innerhalb der Anti-Hitler-Koalition.
- ⁹¹ Bodo Scheurig: Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945. München 1960. Zur amerikanischen Reaktion, die diese eigenständig getroffene Entscheidung Stalins sofort als Politikum deutete, siehe die Berichte in FRUS 1943 III S. 552, ferner Fischer (Anm. 68) S. 388 ff.
- ⁹² Am 29. Sept. 1943 machte der sowjetische Geschäftsträger in Stockholm gegenüber dem amerikanischen Gesandten unmißverständliche Andeutungen (FRUS 1943 III S. 698 f.); am 12. Nov. 1943 übersandte das sowjetische Außenamt dem amerikanischen Botschafter in Moskau eine Note, in der – allerdings den Sachverhalt entstellend – die Existenz deutscher Friedensfühler zur sowjetischen Seite zugestanden wurde und die deutschen Hauptakteure richtig benannt wurden. Diese Note ist als Druckmittel der Sowjetunion während der Vorbereitungen zur Konferenz in Teheran zu verstehen. (Vgl. Minuth S. 39 ff.).
- ⁹³ Wenn man Ribbentrops Erinnerungen Glauben schenkt (Joachim von Ribbentrop: Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Annelies von Ribbentrop. Leoni 1954. S. 261), hat er Hitler etwa um die Jahreswende 1941/42 erstmals auf eine politische Beendigung des Krieges im Osten angesprochen. Ribbentrop war als Architekt des »weltpolitischen Dreiecks« Rom-Berlin-Tokio, das er unter Einbeziehen der Sowjetunion zum »eurasischen Block« ausbauen wollte, kein erklärter Anhänger des deutschen Ostfeldzuges. Für Hitlers Ablehnung im August 1943 siehe Kleist S. 257. (Vgl. auch Hitlers Antworten auf die japanischen und italienischen Vorschläge, oben Anm. 80, 81 und 86).
- ⁹⁴ Über den Berliner Rechtsanwalt Carl Langbehn, der nach einer Unterredung Himmler-Popitz am 26. Aug. 1943 in die Schweiz entsandt wurde und dort mit britischen und amerikanischen Kreisen Gespräche aufnahm (Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. Gütersloh 1967. S. 485 ff. Ulrich von Hassell: Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944. Zürich 1948. S. 321 und 326). Angeblich soll Langbehn auch nach Stockholm zu Gesprächen mit sowjetischen Diplomaten im Sommer 1943 gereist sein. (Dieter Ehlers: Technik und Moral einer Verschwörung. 20. Juli 1944. Frankfurt am Main 1964. S. 220). Die Rolle von Adam von Trott zu Solz bei den Kontakten des Widerstands zu der sowjetischen Seite wird sich mangels verfügbarer stichhaltiger Quellen kaum jemals aufklären lassen. (Zusammenstellung der Literatur bei Fischer S. 388 Anm. 68). Vgl. auch die Kontakte Kerstens und Schellenbergs mit den Amerikanern in Stockholm oben Anm. 66.
- ⁹⁵ Kleist S. 265 sowie Unterredungen des Verf. mit Kleist am 15./16. April 1970 in Westerham Obb. Mastny S. 1383 (Die ursprünglich für den 1. Sept. 1943 geplante Gründung des »Bundes Deutscher Offiziere« wurde vermutlich wegen der Stockholmer Avancen um 10 Tage verschoben).
- ⁹⁶ Siehe das Aktendossier R 58/1225 im Bundesarchiv Koblenz. Vgl. Anm. 68.
- ⁹⁷ Dazu die Erinnerungen von Hermann Neubacher: Sonderauftrag Südost 1940–1945. Bericht eines flie-

- genden Diplomaten. Göttingen ²1958. Neubacher wurde am 24. Aug. 1943 zur Verfügung Hitlers gestellt und zum »Sonderbevollmächtigten des Auswärtigen Amtes für den Südosten« ernannt. Seine Hauptaufgabe bestand in der politischen Koordinierung des Kampfes gegen die kommunistischen Aufstandsbewegungen und dem planmäßigen Erfassen kriegswirtschaftlicher Rohstoffe.
- ⁹⁸ Neubacher S. 207f.; FRUS 1944 I S. 547ff.: Berichte des politischen Ratgebers Alexander Kirk (1938–1941 amerikanischer Geschäftsträger in Berlin!) beim Stab des alliierten Oberkommandierenden im Mittelmeer an das State Department in Washington. Beide bestätigen die Kontakte, lasten jedoch die Initiative jeweils der anderen Seite an.
- ⁹⁹ Die Differenzen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion hatten sich über die Frage der zukünftigen politischen Ordnung Osteuropas und den im Einzugsbereich der vorrückenden Roten Armee vollzogenen *fait-accomplis* weiter verschärft. Aus sowjetischer Sicht dazu Israeljan S. 408 ff., Truchanovskij S. 254 ff. Churchill selbst gesteht in seinen Erinnerungen dieses wachsende Mißtrauen ein, das nach der Jalta-Konferenz überdeutlich durchbrach. Dazu Peter Gosztony: »Aber Churchill, dem traue ich alles zu«. In: »Der Spiegel«, 47, 1969 sowie die Niederschrift des Telefongesprächs Churchill-Truman vom 25. April 1945 (FRUS 1945 III S. 762–767), in dem Churchills Politik der Faustpfänder – nur Kapitulation im Westen – anklingt.
- ¹⁰⁰ Hauptvertreter war der Leiter des OSS, des amerikanischen Geheimdienstes in Europa, Allen Dulles in Bern. Vgl. seine Erinnerungen (*Germany's Underground*. New York 1947. Dt. Verschwörung in Deutschland. Kassel 1948) und die in den FRUS 1944 I S. 484 ff. abgedruckten Berichte vom 1. April, 18. und 22. Juli 1944. Ferner die Zusammenfassung in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 15. Dez. 1966: »Die Alliierten waren ihres Sieges sicher«.
- ¹⁰¹ Nach italienischem Vorbild sollte der in München zwangspensionierte Feldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb als deutscher *Badoglio*, notfalls erst einmal auf den süddeutschen Raum begrenzt, fungieren. Tagebuch der Deutschen Botschaft Madrid 1941–Febr. 1945. (Das Tagebuch wurde z. T. nachträglich revidiert, auch existieren zu manchen Fragen mehrere Fassungen, dennoch ist es von einigem informativen Wert), FRUS 1944 I S. 546 f. sowie Unterredungen des Verfassers mit einem der Hauptakteure, Peter Conrad Simonsen, am 29. Sept. 1970 in Freiburg (dessen Aufzeichnung vom 12. Febr. 1969 »Die Geschichte eines »Friedensfühlers« im Besitz des Verf.) und dem damaligen deutschen Geschäftsträger in Madrid, Sigismund Freiherr von Bibra, am 28./29. Juni 1969 in Irmelshausen. Ferner ausführliche Korrespondenz des Verf. mit einem deutsch-spanischen Journalisten in Madrid.
- ¹⁰² Zu dem spanischen Plan einer Entführung Hitlers, an dem die SS beteiligt werden sollte, siehe die Darstellung des Direktors des spanischen Außenministeriums José María Doussinague: *España tenía razón* (1938–1945). Madrid ¹1950, S. 294 ff. Grundlegend zur spanischen Politik jener Zeit Klaus-Jörg Ruhl: *Spanien im Zweiten Weltkrieg*. Franco, die Falange und das »Dritte Reich«. Hamburg 1975. Für die Friedensfühler S. 211–217.
- ¹⁰³ Reimer Hansen: Ribbentrops Friedensfühler im Frühjahr 1945. In: »Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, 1967, S. 716–730. Bei dem ebendort abgedruckten Text handelt es sich indes nur um eine von mehreren Versionen der »Sprachregelung«.
- ¹⁰⁴ Ebenda. Das bezeugen auch die anderen Quellen. Siehe Anm. 105.
- ¹⁰⁵ In die Schweiz reiste, um Verhandlungen anzuknüpfen, Dr. Werner von Schmieden, Vortragender Legationsrat des Auswärtigen Amtes (Interview Verf. – von Schmieden am 26. Febr. 1970 in Baden-Baden. Aufzeichnungen v. Schmieden im Besitz des Verf.). In Schweden nahm Fritz Hesse, Ribbentrops »Englandspezialist«, Gespräche mit den Westmächten und den Russen auf (Fritz Hesse: *Das Spiel um Deutschland*. München 1953. S. 387–429; Bundesarchiv Koblenz, Nachlaßgruppe 190). Im Vatikan sondierte, entsprechend vorsichtig und von der Wichtigkeit seiner Mission überzeugt, der deutsche Botschafter Ernst Freiherr von Weizsäcker. Für Kopien der entsprechenden Dokumente dankt der Verf. Leonidas E. Hill, Herausgeber von »Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950«. Berlin 1974. In Madrid erschien Generalkonsul Eitel Friedrich Mochlhausen (Die gebrochene Achse. Alfeld 1949. S. 279ff.), ohne Kontakte zu den Westmächten knüpfen zu können (Interview Verf. – ehemal. dt. Geschäftsträger Madrid, Freiherr von Bibra, am 28./29. Juni 1969 in Irmelshausen).
- ¹⁰⁶ Reimer Hansen: *Das Ende des Dritten Reiches. Die deutsche Kapitulation 1945*. Stuttgart 1966. S. 36ff.: Verhandlungen Himmler–Graf Bernadotte.
- ¹⁰⁷ Karl Koller: *Der letzte Monat. Die Tagebuchaufzeichnungen des ehemaligen Chefs des Generalstabes der deutschen Luftwaffe vom 14. April bis zum 27. Mai 1945*. Mannheim 1949.
- ¹⁰⁸ Lew Besymenski: *Der Tod des Adolf Hitler*. Unbekannte Dokumente aus Moskauer Archiven. Hamburg 1968. S. 48f.; Helmut Weidling: *Der Endkampf um Berlin*. In: »Wehrwissenschaftliche Rundschau«, 1962, S. 40–52, 111–118, 169–174 (General Weidling war letzter Kommandant von Berlin und verfaßte diese Niederschrift in russischer Kriegsgefangenschaft), insb. S. 170 ff.
- ¹⁰⁹ Hansen S. 127 ff.
- ¹¹⁰ Immer noch ein Standardwerk Robert C. Butow: *Japan's Decision to Surrender*. Stanford Univ. Press 1954. Zum Regierungswechsel am 5./6. April 1945 siehe mit weiterführender Literatur Martin: *Deutschland und Japan* S. 217 f. Zu Friedensüberlegungen der japanischen Marine Interview des Verf. mit Admiral a. D. Soichi Takani am 26. Aug. 1969 in Chigasaki. Takani galt als Führer des »brain-trust« der Marine und erhielt schon im Aug. 1944 offiziell von dem damaligen Premier Admiral Yonai den Auftrag, eine Friedensstudie anzufertigen.
- ¹¹¹ George Alexander I. Jensen: *The Strange Neutrality. Soviet-Japanese Relations during the Second World War 1941–1945*. Tallahassee/Florida 1972. S. 134: Entsprechend den im September 1944 vom japanischen Außenministerium angestellten Friedensüberlegungen sollte die Mandschurei ggf. der sowjeti-

schen Einflußsphäre überantwortet werden. In einer ersten Sondierung der japanischen Regierung über das neutrale Schweden zu den Westmächten im September 1944 ist ebenfalls davon die Rede »that sacrifice of Mandschukuo may also be necessary« (FRUS 1944 V S. 1184). Doch die staatlichen Grenzen Japans von 1930 sollten erhalten bleiben. Das schloß Korea, Formosa und die Riukiu-Inseln (Okinawa) ein. (Auch Interview Verf.-Takani am 26. Aug. 1969).

- ¹¹² Am ausführlichsten bei Lensen S. 130 ff.; ferner Takushiro Hattori: Japans Weg aus dem Krieg. In: Andreas Hillgruber (Hrsg.): Probleme des Zweiten Weltkrieges. Köln 1967. S. 389–447.
- ¹¹³ Das Gaimusho (japan. Auswärtiges Amt) sondierte vergeblich schon seit September 1944 in Stockholm (Butow S. 40, 55 f.; Lester Brooks: Behind Japan's Surrender. The Secret Struggle that Ended an Empire. New York 1968. S. 134 ff.), legte indes den Schwerpunkt der Verhandlungen auf Moskau. Von der Armee sondierten: General Makato Onodera in Stockholm (Butow S. 57, Interview Verf.-Onodera am 26. Aug. 1969 in Tokyo); General Kiyotomi Okamoto in der Schweiz zusammen mit dem dortigen Gesandten Shumichi Kase und einem japanischen Finanzexperten Kojiro Kitamura (Erin E. Jucker-Fleetwood: The Per Jacobsson Mediation. Basle Centre for Economic and Financial Research, Series C, No. 4, 1967), als Mittler zu Allen Dulles fungierte dabei der schwedische Geschäftsmann Per Jacobsson. Die Marine versuchte über Kapitän Yoshio Fujimura in der Schweiz mit Dulles in Kontakt zu kommen und bediente sich dabei eines etablierten Nachrichtenkanals über den deutschen Exportkaufmann Friedrich-Wilhelm Hack (Butow S. 109; sowie Brooks S. 131 f. und John Toland: The Rising Sun. The Decline and Fall of the Japanese Empire 1936–1945. New York 1970. S. 742 ff. sowie Unterredung Verf.-Fujimura am 25. Aug. 1969 in Tokyo).
- ¹¹⁴ Gar Alperovitz: Atomic Diplomacy: Hiroshima and Potsdam, The Use of the Atomic Bomb and the American Confrontation with Soviet Power. New York 1965. Die rein philologisch vorgetragene Polemik von Maddox (vgl. Anm. 15) überzeugt nicht.
- ¹¹⁵ Ausführliche Schilderung der militärischen Operationen der Roten Armee an Hand russischen Materials bei Lensen S. 156–173.
- ¹¹⁶ Siehe die Darstellungen von Butow, Brooks, Hattori und Toland.